Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2007-10-16

Dezernat/ Amt: III / Amt für Soziales und
Wohnen
Bearbeiter: Frau Heß
Telefon: 545-2182

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

öffentlich

01556/2007

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung
Ausschuss für Soziales und Wohnen
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Handlungsvarianten zur Finanzierung der sozialen Beratungs- und Betreuungsdienste sowie der offenen Altenarbeit für die Haushaltsplanung und die Haushaltskonsolidierung 2008 gem. Beschluss der Stadtvertretung in der 19. Sitzung vom 2006-05-22 zur DS 01131/2006

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Eine abschließende Entscheidung erfolgt mit der Beschlussfassung zum Haushalt 2008 und der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Durch die Projektgruppe „Vergabe von Fördermitteln“ wurde im Jahr 2005 unter Beteiligung der Verwaltung ein Bedarf an Beratungs- und Betreuungsdiensten in Schwerin ermittelt. Dieser Bedarf entsprach einem Fördervolumen von 490.800 Euro. Dieser Betrag wurde aufgrund des Beschlusses der Stadtvertretung vom 23. Dez. 2005 (DS Nr.: 00802/2005/1) für die Jahre 2006 und 2007 als Zuwendung an die Träger der Beratungsdienste in den Haushalt der Landeshauptstadt Schwerin eingeplant.

Aufgrund des Beschlusses auf der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02. Mai 2007, im Bereich der sozialen Beratungs- und Betreuungsdienste einen Betrag von 100.000 € einzusparen, wurde von der Verwaltung der als Anlage beigefügte Sachstandsbericht erstellt.

Die in der Anlage aufgeführten, weiterhin zu fördernden Beratungs- und Betreuungsangebote entsprechen teilweise den Regelungen des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Mecklenburg-Vorpommern (ÖGDG M-V) und müssen von den Kommunen angeboten werden.

Bezüglich der zukünftig nicht mehr finanzierten Beratungsangebote ist auf § 14 Sozialgesetzbuch, Erstes Buch (SGB I) zu verweisen, hiernach sind sämtliche Sozialleistungsträger verpflichtet, zu den von ihnen zu erbringenden Leistungen entsprechend zu beraten.

2. Notwendigkeit

Trotz der im § 2 Abs.2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern beschriebenen Notwendigkeit soziale Dienstleistungen vorzuhalten, muss der im Haushaltserlass des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern vom 19.09.2006 dargestellte Auflage entsprochen werden. Hier nach sind die übrigen Zuweisungen an Körperschaften, Vereine, und Verbände aufgrund der weggefallenen Leistungsfähigkeit umfangreich zurückzuführen.

3. Alternativen

Kürzung der Fördersumme um 200.000,00 Euro lt. Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) - Vorgabe 2007

4. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

Die Beratungs- und Betreuungsangebote, die keine kommunalen Fördermittel mehr erhalten, könnten wegfallen.

5. Finanzielle Auswirkungen

Einsparungen von 100.000,00 Euro im Unterabschnitt 47000 vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung zum Haushalt 2008 und der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

„---“

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

„---“

Deckungsvorschlag

„---“

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle:

„---“

Weiteren Anlagen:

- Anlage 1 aktueller Stand zur Vergabe der Fördermittel unter Berücksichtigung der Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes 2007
- Anlage 2 Übersicht der Gesamtfinanzierung der Beratungs- und Betreuungsdienste
- Anlage 3 Übersicht von Fördervarianten ab 2008
- Anlage 4 Leistungsübersicht der Beratungs- und Betreuungsangebote auf der Basis der Verwendungsnachweise 2006
- Anlage 5 Vergleich kreisfreier Städte 2007

gez. Dieter Niesen
Beigeordneter

gez. Hermann Junghans
Beigeordneter

gez. Norbert Claussen
Oberbürgermeister